

Live-Streaming für die Konferenz, Tag1

geschrieben von Admin | 12. November 2021

„Höhere Strompreise gibt es fast nur in Entwicklungsländern und gescheiterten Staaten“

geschrieben von Admin | 12. November 2021

SPIEGEL ZU HOHEN STROMPREISEN IN DEUTSCHLAND



von Holger Douglas

Deutschland liegt auf Platz 15 mit 45 Dollar-Cent pro Kilowattstunde in netter Nachbarschaft mit den Philippinen und Senegal. Österreich mit 30 Cent auf Platz 61, Frankreich mit 27 Cent auf Platz 68. Die USA liegen mit 15 Cent auf Platz 107, China ebenfalls mit 15 Cent auf Rang 110.

Das ist ja schon fast aufmüpfig, wie der *Spiegel* redet. »In der Bundesrepublik ist Elektrizität teurer als in den meisten anderen Ländern der Welt«, schreibt er und setzt nach: »Höhere Preise gibt es fast nur in Entwicklungsländern und gescheiterten Staaten.« Was für ein Korrelat! Das Vergleichsportal Verivox hat die Strompreise von 133 Ländern verglichen und kaufkraftbereinigte Daten des Energiedienstes global petrol Prices als Grundlage genommen. Ruanda nimmt danach mit einem Preis von 72 Dollar-Cent pro Kilowattstunde Platz 1 ein, gefolgt von Mali und Burkina Faso mit jeweils 66 und 62 Dollar-Cent.

Deutschland liegt auf Platz 15 mit 45 Dollar-Cent pro Kilowattstunde in netter Nachbarschaft mit den Philippinen und Senegal. Österreich mit 30 Cent auf Platz 61, Frankreich mit 27 Cent auf Platz 68. Die USA liegen mit 15 Cent auf Platz 107, China ebenfalls mit 15 Cent auf Rang 110. Libyen nimmt den letzten Platz in dieser Liste ein, das Land mit der billigsten Energie verlangt 1 Dollar-Cent pro Kilowattstunde.

In den Ländern der G20-Gruppe ist der Strom deutlich billiger als in Italien mit 10 Cent oder Großbritannien mit 12,5 Cent. »In vielen anderen Ländern mit hohem Lebensstandard ist Strom kaufkraftbereinigt sogar mindestens die Hälfte günstiger als hierzulande«, stellt der *Spiegel* ernüchtert fest.

Wie jetzt? Da gibt ein ehemaliges Industrieland sein Bestes, nämlich Geld und Energie, um klimaneutral zu werden, nimmt alle Sünden der Menschheit auf sich und schaltet alles ab, was irgendwie nach CO₂ riecht. Kraftwerken den Stecker ziehen, Heizung abdrehen, frieren gegen den Klimawandel – die Losung dieser Zeit. »Wir haben uns verpflichtet«, das 1,5 Grad Ziel einzuhalten dicht gefolgt von Unworten wie »Klimagerechtigkeit«. So tönt es als Begründung. Nur Diktaturen führen die großen Worte von Gerechtigkeit im Munde und wollen betrügen. Sehr feinsinnig beobachtet: Wirtschaftlicher Erfolg und Stärke sind mit günstigen Energiepreisen verbunden.

Es ist kein Wunder, wenn Deutschland mehr CO₂-Ausstoß haben sollte als ein Entwicklungsland. Aluminium oder Stahl schmelzen, daraus Autos, Eisenbahnen und Flugzeuge bauen, ist energieintensiver als Millipap zu kochen. Wenn Strom mit allen Irrsinnsmitteln wie CO₂-Steuern immer teurer gemacht wird, dann erklimmt das Land zwangsläufig einmal die Spitzenposition der Liste des Schreckens.

In Kriegen wird immer versucht, die Energievorräte des Feindes zu zerstören, indem große Öltanks bombardiert werden oder Gasversorgungssystem zerschossen oder Kraftwerke in Brand gesetzt. Das trifft den Lebensnerv des Gegners, zerstört ihn letztlich. Heute reichen grüne Ideologie und Klimapropaganda, und seien sie noch so gleisnerisch.

Der Beitrag erschien zuerst bei TE hier

Emmanuel Macron versucht seriös zu

werden

geschrieben von Admin | 12. November 2021

Über die nukleare Renaissance in Frankreich und Europa

Edgar L. Gärtner

Die französischen Präsidentschaftswahlen im nächsten Frühjahr werden wohl nicht so ablaufen, wie sie der zurzeit bekannteste französische Romanautor Michel Houellebecq vor sieben Jahren in seinem Bestseller „Soumission“ (Unterwerfung) skizziert hat. (Wobei ich der Fairness halber darauf hinweisen muss, dass Houellebecq sich nie als Prophet verstanden hat.) Um den absehbaren Wahlsieg der rechtsnationalen Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen zu verhindern, kommen in Houellebecqs Roman die Parteien der Linken und der gemäßigten Rechten überein, anstelle der Kandidatur des zentristischen Amtsinhabers die Kandidatur des hochintelligenten und charismatischen Muslimbruders Mohammed Ben Abbas zu unterstützen, der eine aufgeklärte und gemäßigte Version des Islam vertritt. Wie erwartet siegt Ben Abbas haushoch und setzt unverzüglich sein von der Scharia und der katholischen Soziallehre inspiriertes sozialpolitisches Programm um.

Dieses Szenario erscheint inzwischen als wenig realistisch, denn die Aussichten Marine Le Pens, an die Macht zu gelangen, haben sich inzwischen keineswegs verbessert. Im Gegenteil ist Marine Le Pen inzwischen in Gestalt des algerienstämmigen jüdischen Publizisten Eric Zemmour ein Konkurrent erwachsen, der ihr nicht nur an Intelligenz, sondern vermutlich auch an finanziellem Rückhalt haushoch überlegen ist. Zemmour, der bislang seine Kandidatur noch nicht offiziell angekündigt hat, füllt zurzeit in Frankreich die größten Säle mit Werbe-Auftritten für sein neuestes Buch mit dem Titel „La France n'a pas dit son dernier mot“ („Frankreich hat noch etwas zu sagen“). In den Meinungsumfragen hat er Marine Le Pen bereits überholt. Deshalb sieht es im Moment eher nach einem Duell Macron-Zemmour in der zweiten Runde der Präsidentschaftswahlen aus. Aber noch ist Zemmour, wie gesagt, noch gar nicht erklärter Kandidat und es ist auch noch nicht ausgemacht, wie sich die gemäßigten Rechten (Republikaner), die ihren Präsidentschaftskandidaten auch noch nicht bestimmt haben, gegenüber Zemmour positionieren würden.

Bedenklich stimmt vor allem Zemmours einseitige Ausrichtung auf die Probleme der illegalen Masseneinwanderung und die Gefahr des Islamismus, während er andere Bedrohungen der Freiheit wie vor allem die vom Staat erpresserisch durchgesetzte Anti-Covid-Impfpflicht, die bis zur Unbezahlbarkeit gehende Verteuerung des Lebens einfacher Menschen durch die von der EU beschlossene Bepreisung des Lebenselixiers Kohlenstoffdioxid und die Enteignung der Sparer durch die Inflationspolitik der Europäischen Zentralbank offenbar als weniger

problematisch ansieht. Gemeinsam ist aber allen potenziell aussichtsreichen Wettbewerbern Macrons die Betonung des nationalen Interesses an einer Reindustrialisierung Frankreichs, am Ausbau der Kernenergie und damit die Distanzierung vom deutschen Weg in die Sackgasse mit 100 Prozent „erneuerbarem“ Flatterstrom.

Das Ende der deutsch-französischen Harmonie

Auch Emmanuel Macron weiß, dass das Streben nach einem gemeinsamen deutsch-französischen Weg, was immer auch darunter zu verstehen sein mag, mit dem Ende der Ära Merkel hinfällig geworden ist. In Frankreich stehen die Zeichen aktuell auf wirtschaftlicher Expansion. Das nationale Statistikamt INSEE erwartet für dieses Jahr ein Wirtschaftswachstum von 6,6 Prozent. Schon bevor ein Ende der „Pandemie“ in Sicht ist, hat die französische Wirtschaft die durch den „Lockdown“ verursachte Wachstumsdelle wieder wettgemacht. Führende französische Wirtschaftswissenschaftler, darunter Nobelpreisträger Jean Tirole, erwarten ein Jahrzehnt kräftigen Wirtschaftswachstums – ähnlich dem, das den Unruhen vom Mai 1968 folgte. Die französischen Privathaushalte haben, wie es scheint, während der „Pandemie“ mangels Kaufgelegenheiten erheblich mehr Geld zur Seite gelegt, als der Staat neue Schulden aufgenommen hat, um die Krise abzumildern. Diese Gelder sollen nun für Investitionen im nationalen Interesse mobilisiert werden. (Wieweit das realistisch ist, bleibt dahingestellt.)

Diesem Ziel dient wohl auch die Ankündigung des Investitionsplans „Frankreich 2030“ von 30 Milliarden Euro am 12. Oktober 2021 durch Emmanuel Macron. Der Plan sieht unter anderem den Bau von zwei Gigafabriken für die Herstellung von Wasserstoff mithilfe von preiswertem Atomstrom vor. Dieser gilt in Frankreich als „grün“, in Deutschland hingegen (noch) als „rot“. Frankreich soll durch die Umsetzung dieses Plans zum europäischen Marktführer für „grünen“ Wasserstoff werden. Hatte Macron kurz nach seinem Amtsantritt den mit ihm verbündeten Grünen noch versprochen, bis 2025 insgesamt 17 Kernreaktoren abzuschalten und den Anteil der Kernenergie am Strom-Mix von etwa 75 auf 50 Prozent zu senken, so ist nun stattdessen der Bau von sechs neuen Druckwasserreaktoren der vierten Generation im Gespräch. Daneben stellt das Programm erstmals eine Milliarde Euro für die Entwicklung von modularen Kleinreaktoren (SMR) zur Verfügung. Macron hat inzwischen die Regierungen weiterer 13 EU-Staaten um sich geschart, um die EU-offizielle Anerkennung der Kernenergie als „grün“ durchzusetzen. Wie man hört, hat er inzwischen sein Ziel fast erreicht.

RTE: Ausbau der Kernenergie ist der kostengünstigste Weg zu Net Zero

Am 25. Oktober 2021 veröffentlichte der französische Stromnetzbetreiber RTE seine lange erwartete Studie mit dem Titel „Futurs énergétiques 2050“ (Energiezukunft 2050). Diese Studie dient heute den Befürwortern eines Ausbaus der Kernenergie als gewichtiges Argument. Die Studie krankt allerdings daran, dass sie in ihrem Basis-Szenario – vermutlich

unter dem Druck der in französischen Regierungskreisen einflussreichen deutschen Energiespar-Lobby – von einem unrealistisch niedrigen Strombedarf von lediglich 645 Terawattstunden (TWh) im Jahre 2050 ausgeht. Dieser läge damit nur um 35 Prozent über dem des Jahres 2019, d.h. vor der „Pandemie“. Vergleichbare Länder gehen hingegen von einem Strombedarfs-Zuwachs von 70 bis 80 Prozent aus. Die französischen Wissenschafts- und Technik-Akademien waren dem entsprechend von einem Strombedarf von 800 bis 900 TWh ausgegangen. RTE rechnet stattdessen mit einer großen Zunahme der Energieeffizienz. Diese lag jedoch in den vergangenen 20 Jahren immer unter jährlich einem Prozent und nichts weist zurzeit darauf hin, dass sich das in den kommenden 30 Jahren ändern könnte.

Immerhin gelangt auch die Hypothese „Réindustrialisation profonde“ der RTE-Studie zu einem Strombedarf von über 750 TWh. Frankreich brauche im Jahre 2050 eine Kernkraft-Kapazität von 50 Gigawatt, um das Ziel der tiefen Reindustrialisierung erreichen zu können. Das Ziel der Kohlenstoff-Neutralität der Stromversorgung sei mithilfe des Ausbaus der Kernkraft-Kapazität überdies mit jährlich schätzungsweise 59 Milliarden Euro deutlich günstiger zu erreichen als mit einem Strom-Mix, der von Wind und Sonne dominiert wird. Dieser würde jährlich schätzungsweise 77 Milliarden Euro verschlingen und obendrein einen erheblichen Ausbau des Stromnetzes erfordern. Ganz abgesehen von dem im Vergleich zur Kernkraft riesigen Flächenbedarf von Wind- und Solaranlagen.

Wenn Frankreich sich für den Ausbau der Kernenergie entscheidet, muss es saisonal überschüssige Elektrizität bei Bedarf kostengünstig exportieren können. Als Frankreich im März 2002 unter der Kohabitations-Regierung Chirac/Jospin seinen Strommarkt nach langem Widerstand endlich öffnete, einigte man sich auf dem EU-Gipfel von Barcelona auf zwischenstaatliche Netz-Verbindungen, deren Kapazität 10 Prozent der jeweiligen einzelstaatlichen Gesamtkapazität nicht überschreiten sollte. Bislang ist dieses Niveau nach Aussage des hier schon öfters zitierten Samuel Furfari, einem ehemaligen Spitzenbeamten der EU-Direktion Energie, nie erreicht worden. Im Gegenteil hat nach Ansicht Furfaris die von Angela Merkel wenige Jahre später beim damaligen EU-Präsidenten Barroso durchgesetzte verbindliche Förderung und vorrangige Einspeisung von Strom aus „erneuerbaren“ Energiequellen die Entwicklung eines einheitlichen europäischen Strommarktes im Keim erstickt. Die weitere Entwicklung des europäischen Strommarktes hänge nun davon ab, ob die Kernenergie, die in der EU mit 28 Prozent zum Gesamtaufkommen der Elektrizitätserzeugung beiträgt (gegenüber nur 7 Prozent durch Wind und Sonne zusammengenommen), in der EU-Taxonomie der Finanzanlagen als „nachhaltig“ anerkannt wird.

Darüber tobt zurzeit, angeführt von den deutschen Grünen, ein heftiger Streit im EU-Parlament und in anderen Instanzen der EU. Die Grünen haben schnell kapiert, dass die Anerkennung der Kernenergie als „nachhaltig“ das jähe Ende ihrer Wunschträume bedeutet. Der Grüne Europa-Abgeordnete Sven Giegold bringt es auf den Punkt: *„Das wäre der Super-GAU für*

Europas Energiewende“, sagte Giegold. Die Folgen wären auf dem Feld der Finanzen schnell spürbar: *„Das Ergebnis wäre eine Entwertung aller neuen Finanzprodukte, die den Green Deal in Europa voranbringen sollten.“* Stattdessen werde dann mehr öffentliches und auch privates Kapital in Richtung neuer Kernkraftwerke gelenkt. Da es für sie nun also sozusagen um die Wurst geht, treten die Grünen umso aggressiver auf. Man darf gespannt sein, wie sich das in den in Berlin laufenden Koalitionsverhandlungen niederschlägt.

Über die nukleare Renaissance in Frankreich und Europa

Klimakonferenz: Lobbying gegen die Atomkraft

geschrieben von Admin | 12. November 2021

Die Organisatoren der Glasgower Konferenz wollten die Vertreter der Kernenergie an der Teilnahme hindern. Erst ein geharnischter Brief sorgte für Abhilfe. Allgemein kann aber die Bedeutung der Atomkraft als klimafreundliche Energieform immer weniger ignoriert werden.



von Alex Reichmuth

Es fehlte nicht an dramatischen Vergleichen zum Auftakt der Klimakonferenz im schottischen Glasgow. «Wir schaufeln unser eigenes Grab», mahnte Uno-Generalsekretär Antonio Guterres in seiner Eröffnungsrede. «Lasst uns die Bombe entschärfen», rief der britische Premierminister Boris Johnson den versammelten Staatsvertretern zu. Ziel der Konferenz ist es, Wege zu finden, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu beschränken und den Ausstoß an Klimagasen entsprechend drastisch zu verringern.

Doch ausgerechnet die Atomkraft, die weitgehend CO₂-frei ist und einen wesentlichen Beitrag zu Erreichung der Klimaziele leisten könnte, ist an der Konferenz höchstens geduldet. Die Organisatoren wollten die Vertreter des Branchenverbands World Nuclear Association (WNA) eigentlich sogar fernhalten und daran hindern, in der «grünen Zone» des Konferenzgeländes einen Ausstellungsstand aufzubauen. In dieser Zone gibt es Platz für Dutzende von Interessengruppen.

Offener Brief an den Konferenz-Präsidenten

Um die Teilnahme doch noch zu ermöglichen, schrieb die WNA einen offenen Brief an Alok Sharma, den Präsidenten der Klimakonferenz. «Jede Bewerbung der Kernenergie für einen Platz in der grünen Zone wurde zurückgewiesen», beschwerte sich darin WNA-Generaldirektorin Bilbao y Leon. Sie bitte sehr darum, Kernenergie «fair zu behandeln und angemessen neben den anderen CO₂-armen Energiequellen zu präsentieren». Das half: Die Atomvertreter dürfen an der Konferenz nun doch mittun.

Die schlechten Erfahrungen der WNA-Chefin sind kein Einzelfall. Immer wieder versuchen an der Klimakonferenz vor allem Umweltschutzverbände, Druck gegen den Auftritt von Atomkraftvertretern zu machen. «Mir wurde abgeraten, überhaupt zur Weltklimakonferenz zu kommen», sagte Rafael Mariano Grossi, Generaldirektor der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA), der 2019 in Madrid teilnehmen wollte. «Verschiedene Berater warnten mich, dass man auf den Klimakonferenzen der Kernenergie fundamental feindlich begegnet», bemerkte Grossi zur deutschen «Welt».

Atomfreundliche Klimademonstranten ausgegrenzt

Wie ablehnend die meisten Klimaschützer der Atomkraft gegenüberstehen, müssen auch immer wieder Teilnehmer an Klimademos erfahren, wenn sie offen für die Kernenergie eintreten. Schlechte Erfahrungen machte etwa Werner Bechtel, auch bekannt als «Atomwerni», der Ende September an einer Klimademonstration in Zürich mitmarschierte.

Er trug ein Transparent mit der Aufschrift «Kernenergie für's Klima» mit sich. Bechtel wurden von den Organisatoren weggewiesen, mit polizeilicher Unterstützung. Die Polizei konfiszierte zudem sein Transparent.

Am gleichen Tag wurde die Pro-Atom-Aktivistin Britta Augustin in Berlin Opfer eines tätlichen Angriffs. Auch sie war an der dortigen Klimademo mit einem atomfreundlichen Schild unterwegs. Das provozierte den Angriff eines anderen Teilnehmers, der ihr das Schild mit Gewalt und viel Körpereinsatz entriss und es zerstörte (siehe hier).

Klimaziele nur mit Kernenergie erreichbar

Dabei haben die Atomkraft-Befürworter alle Argumente auf ihrer Seite, was die Klimafreundlichkeit ihrer Technologie angeht. Der Weltklimarat hat die Atomkraft mehrmals als wichtig im Kampf gegen die Erderwärmung bezeichnet. Die Uno-Wirtschaftskommission für Europa (Unece) kam zum Schluss, dass die internationalen Klimaziele nur mit Hilfe der Kernenergie erreichbar sind.

Auch die Gemeinsame Forschungsstelle der EU-Kommission (Joint Research Center, JRC) gab dieses Jahr ein Votum pro Kernkraft ab. Es gebe «keine wissenschaftlich fundierten Belege» dafür, dass die Kernenergie der menschlichen Gesundheit oder der Umwelt mehr Schaden zufüge als andere

klimafreundlichen Stromerzeugungstechnologien, schrieb das JRC (siehe hier).

Trotzdem lobbyieren nicht nur Konferenzveranstalter und Demo-Organisatoren gegen die Atomkraft, sondern sogar Staaten. An vorderster Front mischt Deutschland mit, das bis Ende nächsten Jahres seinen Atomausstieg vollenden und die letzten sechs AKW abstellen will. Danach müsse im Ausland weitergekämpft werden, machte Bundesumweltministerin Svenja Schulze im letzten März klar. «Weitere konsequente Schritte» gegen die Kernenergie seien erforderlich. Ziel sei «der Schulterschluss der atomkritischen Staaten».

Schweiz akzeptiert Atomkraft bei der Klimakompensation nicht

Zu den atomkritischen Staaten gehört auch die Schweiz. Sie macht es bei Abkommen zur Klimakompensation mit anderen Ländern zu Bedingung, dass die von der Schweiz finanzierte CO₂-Minderung nicht durch Atomkraft erfolgen darf. Diese Klausel ist etwa Teil der Klimaschutzabkommen mit Senegal und Ghana. «Mit der Energiestrategie 2050 hat die Schweiz den Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen», begründete der Bund die Klausel im letzten Sommer. «Mit diesen Abkommen will sie umweltfreundliche Energien fördern.» (siehe hier)

In der Europäischen Union macht Deutschland zusammen mit Österreich, Luxemburg, Dänemark und Spanien Druck gegen eine Klassierung der Kernenergie als klimafreundliche Technologie. Konkret geht es um die sogenannte Taxonomie, eine Art grüner Bibel, die festlegen soll, welche Investitionen als nachhaltig gelten. Von dieser Taxonomie wird es abhängen, ob in den kommenden Jahren in der EU Geld von Unternehmen und Staaten in den Bau von Kernkraftwerken fließen kann.

Für die Aufnahme der Atomkraft in die Taxonomie machen sich Frankreich, Finnland und die meisten osteuropäischen Staaten wie Polen, Ungarn und Tschechien stark. Der Entscheid der EU-Kommission wird in den nächsten Wochen erwartet.

Die Hälfte der Befragten ist gegen die Atom-Stillegung

Vermutlich ist die Sache bereits entschieden – zugunsten der Kernenergie. Die «Welt» berichtete, dass Deutschland gegenüber Frankreich nachgegeben habe. Darauf deute insbesondere eine Bemerkung von Ursula von der Leyen an einem EU-Gipfel im Oktober. Die Präsidentin der EU-Kommission habe dort angekündigt, einen Vorschlag für das EU-Nachhaltigkeitslabel vorzulegen, der unter anderem die Atomkraft einschliesse.

Auch in der öffentlichen Meinung gewinnt die Kernenergie offenbar an Boden. In Deutschland ergab eine repräsentative Umfrage der «Welt am Sonntag», dass 50 Prozent der Befragten die Stilllegung der restlichen deutschen Atommeiler bis Ende nächsten Jahres ablehnen. Nur 36 Prozent sind für die Ausserbetriebnahme. Vor zwei Jahren ergab eine ähnliche

Umfrage noch, dass rund 60 Prozent die Beendigung des Atomzeitalters befürworteten. Jetzt aber sind 44 Prozent gar für die Errichtung neuer AKW.

Economiesuisse: Atomausstieg war ein «Fehler»

In der Schweiz gab es in letzter Zeit keine ähnlichen Umfragen. Aber es verdichten sich die Zeichen, dass sich auch hierzulande die Stimmung in Sachen Atomkraft aufhellt. Support gibt es etwa von der Wirtschaft: Economiesuisse-Präsident Christoph Mäder bezeichnete kürzlich den vom Bundesrat angestossenen Atomausstieg, den das Stimmvolk 2017 abgesegnet hat, als «Fehler». Allgemein bringen die Diskussionen um die Stromlücke, die sich immer deutlicher abzeichnet, die Option Kernenergie zurück ins Spiel.

Der Beitrag erschien zuerst im Nebelspalter hier

Grüne Denunzianten wollen 14. EIKE Klima- und Energiekonferenz verhindern

geschrieben von Admin | 12. November 2021

Was trifft, trifft auch zu: Später als in München vor zwei Jahren, aber dafür erstaunlich konzertiert, wettern Thüringer Grüne und Umweltschützer gegen unsere Konferenz in Gera am 12. und 13. November. Am Freitag (12.) soll um 16:30 eine FridaysForFuture-Demonstration gegen uns stattfinden (Wettervorhersage: etwa 6°C, bewölkt, kein Regen). Am Samstag (13.) wollen die Wetterschützer eine Mahnwache in der Innenstadt abhalten.

Bereits Ende Oktober tauchte ein erster Offener Brief an die Geraer Hotels auf, uns nicht zu unterstützen. Es brauchte etwa eine Woche, bis sich zahlreiche (?) Organisationen und eine einzelne Grünen-Abgeordnete aus dem Erfurter Landtag soweit vernetzt hatten, bis auf Twitter und Facebook die Schmähreden gegen uns „unwissenschaftliche Klimaleugner“ von EIKE und Demonstrationsaufrufe formuliert waren. Wer sind die Klima-Organisationen, die der Gegenseite den Mund verbieten wollen?

Aktionsbündnis Klima und Umwelt Jena, Klimaentscheid Jena,
Runder Tisch Klima und Umwelt Jena

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Gera, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN,
Stadtratsfraktion Gera, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN Weimar, Grüne
Jugend Thüringen, Laura Wahl, MdL
Grüne Liga Thüringen
Grünes Haus Gera e. V.
BUND Gera

BürgerEnergie Gera eG, BürgerEnergie Thüringen e. V.

Extinction Rebellion Jena

Fridays for Future Gera, Fridays for Future Erfurt, Fridays for
Future Jena, Fridays for Future Leipzig, Fridays for Future
Thüringen, Fridays for Future Weimar, Health for Future Jena,
Entrepreneurs for Future Weimar, Parents for Future Jena,
Scientists for Future Jena, Scientists for Future Leipzig

NaturFreunde Gera e. V., NaturFreunde Thüringen e. V.

Wir haben die bereits formell zusammenhängenden Untergruppen so zusammengestellt, daß erkenntlich wird, wie klein der Kreis der örtlichen Aktivisten ist. Es darf davon ausgegangen werden, daß zwischen fast allen aufgeführten Organisationen personelle (und finanzielle?) Verflechtungen bestehen. Bis auf die eher sozialistischen *Naturfreunde* stammen soweit alle NGOs aus dem Umfeld der Grünen und FFF. Eine Beobachtung, die zum Beispiel Dresdner bei größeren örtlichen Demonstrationen wie *#Unteilbar* machen, ist, daß die Teilnehmer hauptsächlich angereiste Besucher aus Berlin oder Westdeutschland sind. Nach Gera wird wohl kaum jemand die weite Anreise aus Berlin oder Hamburg auf sich nehmen, aber es gibt genügend zugewanderte „woke“ Studenten in Weimar, Jena und Erfurt. In Gera nicht; die Hochschule lehrt handfeste Fächer wie Krankenpflege, in denen politisierte Studenten mit NGO-Berufsplanung nicht oder kaum zu finden sind.



Laura Wahl
@laura_wahl_

P.S. 📣 Kommt am 12.11. um 16:30 Uhr alle zur Demo von [@F4F_thuringen](#) vorm KuK in [#Gera](#), um klarzumachen, dass eine konsequente und solidarische Klimapolitik nötig ist

1:15 nachm. · 8. Nov. 2021 · Twitter for Android

Relevante Personen



Laura Wahl
@laura_wahl_

Folgen

Mitglied des Thüringer Landtags
[@gruenethl](#) 🌻 · Sprecherin für
Mobilität, Klima&Umwelt,
Gleichstellung 🇩🇪 · Erfurter Stadträtin

https://twitter.com/laura_wahl_/status/1457683074209230858

In das Bild paßt die einzige Aktivistin, die mit Namen den Hotel-Aufruf unterschrieb, die aus Baden stammende 27jährige Grünen-Landtagsabgeordnete Laura Wahl, die auch auf der Demonstration gegen uns

anwesend sein wird – eine schöne Gelegenheit für die unscheinbare Jung-Abgeordnete, sich bekannt zu machen. Zitat auf Twitter:

„#EIKE versucht mit gezielter Desinformation, Zweifel am klimawissenschaftlichen Konsens zu streuen. Das ist gefährlich & entbehrt jeglicher wissenschaftlicher [sic!] Grundlage. Dass die Stadt #Gera Räume zur Verfügung stellt, ist inakzeptabel.“, so @laura_wahl_

Aktivisten versuchen nach Aussagen auf Twitter, die Verantwortlichen unseres Tagungsortes mit Anrufen und Emails dazu zu bringen, uns die Räume zu kündigen. Sogar ein Angestellter, der mit dem Management des Gebäudes gar nichts zu tun hat, wurde dem Vernehmen nach mehrfach telefonisch belästigt.

Twitter: #gera und #eike

Ein freies Radio in Erfurt hat zwei Vertreter von *BürgerEnergie* interviewt, darunter ein pensionierter Physik-Prof. (!) aus Jena, der erklärt, warum er etwas vom Klima versteht, aber z.B. unser Pressesprecher, Physik-Professor Horst Lüdecke, nicht.